

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Einleitung .....	1
<i>A. Gegenstand der Arbeit</i> .....	5
<i>B. Gang der Untersuchung</i> .....	7
Kapitel 1: Theorie des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs.....	10
<i>A. Vorfragen der Geltung, des Geltungsgrunds und         der Autonomie der Unionsrechtsordnung</i> .....	11
<i>B. Nationale Rechtsordnungen und die Unionsrechtsordnung         als Verbund der Rechtsordnungen</i> .....	14
I. Positivrechtliche Verschränkungen von nationalen Rechtsordnungen und Unionsrechtsordnung.....	15
II. Grundlage des Verbundes: Bürger als Staatsbürger und Unionsbürger.....	16
<i>C. Wirkungen des Unionsrechts im mitgliedstaatlichen Hoheitsgebiet</i> .....	18
I. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Normen des Unionsrechts ....	19
II. Voraussetzungen für die unmittelbare Anwendbarkeit einer Norm des Unionsrechts.....	20
1. Individuelle Berechtigung ist keine zusätzliche Voraussetzung ..	21
2. Reichweite der unmittelbaren Anwendbarkeit.....	22

<i>D. Das Verhältnis zwischen Unionsrecht und mitgliedstaatlichem Recht</i> .....	23
I. Konkurrenz im Normalfall.....	23
II. Vorrang des Unionsrechts als Kollisionsregel.....	23
1. Notwendigkeit einer rechtsförmigen Regel zur Lösung des Normenkonflikts .....	24
2. Lösung des EuGH: Anwendungsvorrang des Unionsrechts .....	24
3. Rechtstheoretische Einordnung des Vorrangs des Unionsrechts .....	26
a) Kein hierarchisches Verständnis vom Vorrang des Unionsrechts.....	28
b) Vorrang des Unionsrechts als Kollisionsnorm gleichgeordneter Rechtsordnungen.....	30
aa) Keine völkerrechtliche Kollisionsnorm zur Auflösung von Rechtsordnungskonflikten.....	30
bb) Kollisionsnormen gleichgeordneter Rechtsordnungen .....	31
cc) Vorrang des Unionsrechts als Geltungsanspruch der unionalen Rechtsnorm, der durch eine Kollisionsnorm der nationalen Rechtsordnung anerkannt wird .....	34
(1) Einwand der Rangregel in monistisch geprägten Verfassungen.....	35
(2) Einwand des IPR als Konfliktvermeidungs- und nicht als Konfliktlösungsrecht .....	36
(3) Einwand des einfachgesetzlichen Rangs der nationalen Kollisionsnorm .....	37
dd) Zusammenfassung.....	39
III. Unmittelbare Anwendbarkeit als Voraussetzung des Anwendungsvorrangs .....	39
IV. Wirkungsweise des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts .....	41
V. Vermeidung von Normenkonflikten durch unionsrechtskonforme Auslegung.....	43
1. Reichweite der unionsrechtskonformen Auslegung .....	44
2. Vorrang der unionsrechtskonformen Auslegung .....	44
3. Vorrang der unionsrechtskonformen Rechtsfortbildung .....	46
4. Besonderheiten der richtlinienkonformen Auslegung.....	49
<i>E. Zwischenergebnis</i> .....	50

Kapitel 2: Einwirkungen des Unionsrechts in die nationale Rechtsordnung.....	52
<i>A. Arten der Einwirkung des Unionsrechts in nationale Rechtsordnungen ...</i>	<i>52</i>
I. Anwendung unmittelbar anwendbarer Unionsrechtsnormen .....	53
II. Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung aufgrund von Unionsrecht .....	54
1. Lückenfeststellung im Anwendungsbereich der Unionsrechtsordnung.....	55
a) Aufgabe des Erfordernisses eines „Gesamtplans“ zur Lückenfeststellung .....	56
b) Verbund der Rechtsordnungen als Bezugspunkt für die Lückenfeststellung .....	58
2. Lückenfüllung durch unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung .....	59
a) Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung als eigene Kategorie .....	60
b) Anpassung der Rechtsfortbildungsinstrumente .....	61
c) Exkurs: Die richtlinienkonforme Rechtsfortbildung.....	62
3. Die „contra legem“-Grenze bei der unionsrechtskonformen Rechtsfortbildung .....	64
a) Grenzziehung erfolgt unabhängig von der Lückendefinition.....	64
b) Grenzziehung im multipolaren Spannungsfeld zweier Normgeber und nationaler Judikativen .....	66
III. Rechtsfortbildung der nationalen Rechtsordnung infolge unmittelbar anwendbaren Unionsrechts .....	69
<i>B. Einwirkungen des Unionsrechts in das Privatrechtsverhältnis mit Auslandsbezug .....</i>	<i>71</i>
I. Kategorisierung der privatrechtsrelevanten unionalen Rechtsnormen nach der Reichweite ihrer Einwirkung ....	71
1. Negative Integration: Privatrechtsbeschränkungen.....	72
a) Schlichte Begrenzung subjektiver Rechte .....	72
b) Unionsrechtliche Beanstandung mit daraus resultierendem Handlungsauftrag .....	72
2. Positive Integration: Einwirkung des Unionsrechts in Form von Privatrechtsschöpfung.....	73

a) Unmittelbar geltendes einheitliches Privatrecht auf Unionsebene .....	73
b) Schaffung gemeinsamen nationalen Privatrechts .....	75
II. Zusammenspiel von Internationalem Privatrecht und Sachprivatrecht.....	75
C. Zwischenergebnis.....	77

## Kapitel 3: Primärrechtliche Vorgaben für die nationalen Rechtsordnungen.....79

A. Gleichheitsrechtliche Vorgaben .....	80
I. Vielzahl unionsrechtlicher Diskriminierungsverbote .....	80
II. Einheitliche Dogmatik der unionsrechtlichen Gleichheitssätze .....	82
1. Übertragbarkeit dogmatischer Strukturen von Gleichheitsrechten mit transnationaler Integrationsfunktion auf Gleichheitsrechte mit supranationaler Legitimationsfunktion .....	82
2. Ausgangspunkt: Diskriminierungsverbote als besondere Ausformungen des allgemeinen unionsrechtlichen Gleichheitssatzes .....	85
3. Dogmatische Grundstruktur des allgemeinen Gleichheitssatzes.....	88
a) Gleichheit der Sachverhalte .....	89
aa) Unterscheidbarkeit der Sachverhalte .....	89
bb) Vergleichssachverhalt darf nicht lediglich hypothetisch sein .....	90
cc) Vergleichbarkeit verschiedener Sachverhalte .....	91
dd) Exkurs: Vergleichbarkeit von Ehe und gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft .....	93
b) Behandlung durch dasselbe Rechtssubjekt.....	96
c) Ungleichbehandlung vergleichbarer Sachverhalte .....	98
aa) Erfordernis der Benachteiligung.....	98
bb) Kein <i>de-minimis</i> -Vorbehalt .....	98
d) Gleichbehandlung nicht vergleichbarer Sachverhalte.....	99
e) Objektive Rechtfertigung.....	100
4. Besonderheiten der Diskriminierungsverbote.....	102

a)	Ziel der Diskriminierungsverbote: Integration „als Gleiche“ .....	102
b)	Reichweite der Diskriminierungsverbote: Anknüpfungsverbote oder Begründungsverbote .....	103
c)	Vergleichbarkeit auf Grundlage des verbotenen Differenzierungsmerkmals .....	106
d)	Ungleichbehandlung aus Gründen des verbotenen Differenzierungsmerkmals .....	109
aa)	Unmittelbare Diskriminierungen aus Gründen des verbotenen Differenzierungsmerkmals.....	109
bb)	Mittelbare Diskriminierungen aus Gründen des verbotenen Differenzierungsmerkmals.....	110
(1)	Neutrale Differenzierungsmerkmale ergänzen die verbotenen Merkmale .....	111
(2)	Zusammenhang mit dem verbotenen Differenzierungsmerkmal .....	112
(3)	Kein Entfallen der Vergleichbarkeitsprüfung trotz feststellbarer Benachteiligung .....	114
e)	Gleichbehandlung aus Gründen des verbotenen Differenzierungsmerkmals .....	117
aa)	Diskriminierungsverbote enthalten keine Ungleichbehandlungsgebote .....	117
bb)	Abweichende EuGH-Rechtsprechung .....	118
(1)	Arbeitnehmerfreizügigkeit.....	119
(2)	Unionsbürgerfreizügigkeit: Rechtssache „Garcia Avello“ .....	120
f)	Objektive Rechtfertigung.....	123
aa)	Diskriminierungsverbote als absolute oder relative Verbote.....	124
bb)	Sachliche Rechtfertigungsgründe .....	128
cc)	Abgestufte Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	128
5.	Zusammenfassung.....	129
III.	Reichweite der Wirkung unionsrechtlicher Gleichheitssätze in den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen.....	130
1.	Eigenständige Anwendungsbereichseröffnung .....	132
a)	Antidiskriminierungsrichtlinien .....	132

b)	Exkurs: Einwirkung der Antidiskriminierungsrichtlinien in das Familienrecht .....	133
2.	Akzessorische Anwendungsbereichseröffnung.....	136
a)	Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit, Art. 18 Abs. 1 AEUV.....	137
aa)	Anwendungsbereichseröffnung aufgrund anderer unionsrechtlicher Regelungen.....	137
bb)	Anwendungsbereichseröffnung aufgrund eines „Berührungspunktes“ mit einer „unionsrechtlich geregelten Situation“ .....	139
cc)	Keine anderweitige Anwendungsbereichseröffnung bei umgekehrten Diskriminierungen .....	140
b)	Allgemeiner Gleichheitssatz und weitere besondere Diskriminierungsverbote .....	141
aa)	Allgemeine Grundsätze des Unionsrechts, Art. 6 Abs. 3 EUV .....	142
(1)	Agency situation.....	143
(a)	Nicht und fehlerhaft umgesetzte Richtlinien als Durchführung von Unionsrecht.....	143
(b)	Richtlinienvorwirkung führt nicht zu einer Durchführung von Unionsrecht .....	146
(2)	„ERT“-Situation .....	147
(3)	Anwendungsbereichsberührung („Kerner“-Situation).....	149
(4)	Existenz und Umfang einer sachlichen Unionszuständigkeit.....	150
bb)	EU-Grundrechtecharta, Art. 51 GRCh.....	152
3.	Zusammenfassung.....	154
IV.	Zwischenergebnis zu den gleichheitsrechtlichen Vorgaben des Unionsrechts.....	156

B. Die Vorgaben der Marktgrundfreiheiten .....	158
I. Funktionale Ausrichtung der Marktgrundfreiheiten auf den Binnenmarkt .....	159
1. Ökonomischer Zweck des Binnenmarktes .....	161
2. Schlussfolgerungen für den rechtlichen Binnenmarkt <b>begriff</b> ..	163
a) Marktfreiheit .....	164
b) Marktgleichheit .....	165
c) Bedeutung für die Bestimmung des Gewährleistungsgehalts der Marktgrundfreiheiten .....	167
II. Marktgrundfreiheiten als besondere Gleichheitssätze .....	167
III. Marktgrundfreiheiten als freiheitsrechtliche Beschränkungsverbote .....	168
1. Marktgrundfreiheiten sind nicht ausschließlich Gleichheitssätze .....	169
a) Begründungsansätze für ein gleichheitsrechtliches Verständnis der Marktgrundfreiheiten .....	169
aa) Marktgrundfreiheiten als transnationale Integrationsnormen .....	169
bb) Das Argument der Kompetenzverteilung .....	170
(1) Gleichheitsrechtliches Verständnis als Ausdruck des institutionellen Gleichgewichts von EuGH und Unionsgesetzgeber .....	170
(2) Gleichheitsrechtliches Verständnis als Ausdruck der vertikalen Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten .....	171
cc) Gleichheitsrechtliches Verständnis verlangt den „Grenzübertritt“ als verbotenes Differenzierungsmerkmal .....	172
b) Kritik .....	173
2. Marktgrundfreiheiten sind nicht ausschließlich Freiheitsrechte .....	176
3. Marktgrundfreiheiten enthalten auch Beschränkungsverbote ..	177
IV. Die paradigmatische Grundfreiheit: Das Beschränkungsverbot der Warenverkehrsfreiheit .....	178
1. Beschränkungsverbot der Wareneinfuhrfreiheit (Art. 34 AEUV) .....	179

a)	Behinderung des innerunionalen Handels: Marktzugangsbehinderungen .....	179
b)	Eignung zur unmittelbaren oder mittelbaren, tatsächlichen oder potenziellen Behinderung .....	180
aa)	Eignung von produktbezogenen Kriterien des Bestimmungslandes zur Einfuhrbehinderung .....	180
bb)	Eignung von Absatzbehinderungen im Bestimmungsland.....	181
cc)	Mangelnde Eignung aufgrund fehlender Kausalität der Beschränkung.....	182
c)	Kein Spürbarkeitskriterium.....	186
d)	Beschränkungsverbot als Gewährleistung der Herkunftsrechtsordnung (Herkunftslandprinzip)? .....	187
e)	Herausnahme von absatzregulierenden Handelsbehinderungen, die nicht den Marktzugang versperren oder behindern .....	192
aa)	Absatzregulierende Handelsbehinderungen mit Produktbezug.....	194
bb)	Absatzregulierende Handelsbehinderungen ohne Produktbezug: Bestimmte Verkaufsmodalitäten.....	195
cc)	Zwischenfazit.....	197
dd)	Absatzregulierende Handelsbehinderungen ohne Produktbezug: Verwendungsbeschränkungen .....	198
ee)	Relevantes Kriterium: Marktzugang.....	200
ff)	Keine Verkürzung der Warenverkehrsfreiheit auf ein Diskriminierungsverbot bei marktzugangsbehindernden Maßnahmen.....	201
gg)	Zusammenfassung.....	202
2.	Beschränkungsverbot der Warenausfuhrfreiheit (Art. 35 AEUV) .....	203
a)	Gleichheitsrechtliches Verständnis der Warenausfuhrfreiheit des EuGH .....	204
b)	Kritik.....	205
c)	Besonderes Beschränkungsverbot unter Berücksichtigung der Sonderlage bei Ausfuhrbehinderungen .....	206
3.	Zusammenfassung.....	207

V.	Das Beschränkungsverbot der Verkehrsfreiheiten der natürlichen Personen .....	208
1.	Beschränkungen des Zuzugs von natürlichen Personen .....	211
a)	Ausgangspunkt: Nichtanerkennung ausländischer Qualifikationen .....	211
b)	Niederlassungserfordernisse als über eine Mehrfachbelastung hinausgehende Marktzugangssperre .....	215
c)	Verallgemeinerung: „Kraus“ und „Gebhard“ .....	217
d)	Konkrete Anwendung des Beschränkungsverbots: „Bosman“ und „Lehtonen“ .....	218
e)	Zusammenfassung .....	219
2.	Beschränkungen des Wegzugs von natürlichen Personen .....	220
3.	Mangelnde Eignung aufgrund fehlender Kausalität .....	222
4.	Übertragbarkeit der „Keck“-Rechtsprechung .....	224
5.	Zusammenfassung .....	227
VI.	Die Zwittergrundfreiheit: Das Beschränkungsverbot des freien Dienstleistungsverkehrs (Art. 56 AEUV) .....	229
1.	Verbot der Beschränkung von Dienstleistungen durch den Bestimmungsstaat .....	230
2.	Verbot der Beschränkung von Dienstleistungen durch den Herkunftsstaat des Leistungserbringers .....	232
3.	Mangelnde Eignung aufgrund fehlender Kausalität .....	237
4.	Übertragbarkeit der „Keck“-Rechtsprechung .....	239
a)	Rechtsprechung des EuGH .....	239
b)	Ansätze in der Literatur .....	243
5.	Zusammenfassung .....	244
VII.	Zwischenergebnis: Dogmatik der Marktgrundfreiheiten .....	246
C.	Vorgaben der Grundfreiheit ohne Markt: Die Unionsbürgerfreizügigkeit .....	248
I.	Vom Marktbürger zum Unionsbürger .....	249
II.	Unmittelbare Anwendbarkeit .....	252
III.	Diskriminierungsverbot .....	253
1.	Reichweite des Diskriminierungsverbots .....	253
a)	Keine Schutzbereichsverkürzung durch den Vorbehalt in Art. 21 Abs. 1 AEUV .....	254

b) Keine zusätzlichen Anforderungen an den Zusammenhang von Freizügigkeit und Diskriminierung..	258
2. Art. 21 Abs. 1 AEUV als besonderes Diskriminierungsverbot .....	260
IV. Beschränkungsverbot .....	261
1. Gewährleistungsgehalt des Beschränkungsverbots .....	263
a) Der gleichheitsrechtliche Deutungsversuch der Unionsbürgerfreizügigkeit .....	264
b) Das freiheitsrechtliche Beschränkungsverständnis der Unionsbürgerfreizügigkeit .....	265
2. Das grenzüberschreitende Element.....	267
3. Kernbestand der Rechte, die der Unionsbürgerstatus verleiht .....	272
4. Mangelnde Eignung aufgrund fehlender Kausalität.....	276
5. Herausnahme von Beschränkungen, die den Zugang zum Hoheitsgebiet nicht versperren .....	278
V. Zusammenfassung: Dogmatik der Unionsbürgerfreizügigkeit .....	284
D. <i>Schutzbereichsverstärkung durch Unionsgrundrechte</i> .....	287
E. <i>Zwischenergebnis</i> .....	289
<b>Kapitel 4: Einwirkungen des Primärrechts in das     autonome IPR .....</b>	<b>294</b>
A. <i>Kollisionsrecht als Gegenstand der Kontrolle durch die     unionsrechtlichen Gleichheitssätze und die Grundfreiheiten</i> .....	295
I. Spezifisch kollisionsrechtliche Diskriminierungen und Beschränkungen .....	296
1. Relevanz der Unterscheidung von Gesamtverweisung und Sachnormverweisung .....	298
2. Transaktionskosten durch Berufung einer fremden Rechtsordnung.....	301
3. Berufung von Sachnormen einer anderen Rechtsordnung als derjenigen des Herkunftsstaates .....	303
4. Berufung von Sachnormen der Rechtsordnung des Herkunftsstaates.....	306

a)	Berufung der Sachnormen der Herkunftsrechtsordnung durch das IPR des Herkunftsstaates .....	307
b)	Berufung der Sachnormen der Herkunftsrechtsordnung durch das IPR des Bestimmungs- bzw. Aufenthaltsstaates .....	309
II.	Bedeutung sachrechtlicher Diskriminierungen und Beschränkungen für das Kollisionsrecht .....	312
1.	Modifikation benachteiligenden inländischen Sachrechts.....	313
2.	Modifikation benachteiligenden ausländischen Sachrechts ....	313
a)	Auslegungs- und Fortbildungsbefugnis des inländischen Richters für ausländisches Sachrecht.....	314
b)	Reichweite der Befugnis zur Modifikation ausländischen Sachrechts .....	316
aa)	Auslegung und Fortbildung ausländischer Sachnormen nach den Methoden der Auslandsrechtsordnung .....	317
bb)	Auslegung und Fortbildung ausländischen Sachrechts im Lichte forumeigener Tatsachen und Wertungen.....	319
(1)	Substitution, Transposition und Anpassung .....	320
(2)	Datumtheorie.....	321
cc)	Unionsrechtskonforme Auslegung und Fortbildung ausländischer Sachnormen.....	323
III.	Zusammenfassung .....	327
B.	<i>Internationales Gesellschaftsrecht</i> .....	329
I.	Das autonome Kollisionsrecht der rechtlich konfigurierten Marktakteure .....	330
1.	Aufgabe des Kollisionsrechts: Bestimmung des Gesellschaftsstatuts .....	330
2.	Der Gesellschaftsbegriffs des autonomen Gesellschaftskollisionsrechts .....	331
3.	Die Reichweite des Gesellschaftsstatuts: Einheit des Gesellschaftsstatuts.....	332
4.	Bestimmung des Gesellschaftsstatuts .....	333
a)	Sitztheorie .....	333
b)	Gründungstheorie .....	335
5.	Statutenwechsel durch Gesellschaftsmobilität.....	337

II. Die Rechtsprechung des EuGH zu rechtlich konfigurierten Marktakteuren .....	339
1. Der Begriff des rechtlich konfigurierten Marktakteurs .....	340
2. Wegzugskonstellation .....	341
a) Der Ausgangsfall: „Daily Mail“ .....	342
aa) Entscheidungsgründe des EuGH: Keine Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit auf den Wegzug rechtlich konfigurierter Marktakteure .....	342
bb) Bewertung: Keine Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit auf den Wegzug unter Beibehaltung der rechtlichen Konfiguration des Gründungsrechts .....	345
b) Cartesio .....	347
aa) Entscheidungsgründe des EuGH: Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit auf den Wegzug bei einem Wechsel des auf die rechtliche Konfiguration anwendbaren Rechts .....	348
bb) Bewertung: Teilabkehr von „Daily Mail“ .....	349
c) Die Bestätigung: „National Grid Indus“ .....	352
d) Zusammenfassung .....	353
3. Zuzugskonstellation .....	354
a) Trennung von Gründung und Tätigkeit eines rechtlich konfigurierten Marktakteurs: „Centros“ .....	355
b) Regelungen des Zuzugsstaats, die die rechtliche Konfiguration betreffen, begründen eine Beschränkung der sekundären Niederlassungsfreiheit: „Inspire Art“ .....	358
c) Regelungen des Zuzugsstaats, die die rechtliche Konfiguration betreffen, begründen eine Beschränkung der primären Niederlassungsfreiheit: „Überseering“ .....	360
4. Die Freiheit, eine rechtliche Konfiguration zu gründen .....	363
a) Diskriminierungsfreier Zugang zu bestehenden rechtlichen Konfigurationen des Zuzugsstaats: „Sevic“ .....	364
b) Beschränkungsfreier Zugang zu einer vom Zuzugsstaat zur Verfügung gestellten rechtlichen Konfiguration: „VALE“ .....	366
c) Begrenzung des Marktzugangs durch das Erfordernis einer tatsächlichen wirtschaftlichen Tätigkeit .....	369

5. Zusammenfassung: Die Freizügigkeit des rechtlich konfigurierten Marktakteurs .....	370
III. Einwirkungen der Freizügigkeit des rechtlich konfigurierten Marktakteurs in das Internationale Gesellschaftsrecht .....	371
1. Kollisionsrechtliche Bedeutung von Art. 54 Abs. 1 AEUV .....	372
a) Versteckte Kollisionsnorm in Art. 54 Abs. 1 AEUV bezüglich der Gründung einer Gesellschaft.....	373
b) Erstreckung der versteckten Kollisionsnorm in Art. 54 Abs. 1 AEUV auf den Fortbestand der Gesellschaft.....	374
c) Sachnormverweisung.....	375
2. Einwirkungen der Niederlassungsfreiheit in das Internationalen Gesellschaftsrecht.....	377
a) Keine versteckte Kollisionsnorm in Art. 49 AEUV .....	378
b) Niederlassungsfreiheit als Marktzugangsfreiheit für rechtlich konfigurierte Marktakteure .....	378
c) Anwendungsvorrang mit der Rechtsfolge der Unanwendbarkeit entgegenstehenden nationalen Rechts bei verweigerter Rechtsfähigkeit .....	379
d) Keine aus der Niederlassungsfreiheit folgende Erstreckung auf andere Rechtsfragen.....	382
IV. Das Grundprinzip hinter der Freizügigkeit der rechtlich konfigurierten Marktakteure: Grenzüberschreitende Rechtswahlfreiheit.....	385
C. Internationales Namensrecht .....	387
I. Das autonome Namenskollisionsrecht .....	388
II. Bestimmung des Namensstatuts .....	390
1. Staatsangehörigkeit.....	391
a) Bestimmung der Staatsangehörigkeit.....	392
b) Mehrstaatigkeit, Art. 5 Abs. 1 EGBGB.....	392
c) Staatenlosigkeit, Art. 5 Abs. 2 EGBGB .....	393
d) Flüchtlinge .....	394
2. Domizilprinzip (Wohnsitz und gewöhnlicher Aufenthalt) .....	395
3. Parteiwille.....	398
4. Divergierende Namensführung durch Unionsbürgermobilität .....	400

a) Statutenwechsel.....	400
b) Hinkende Namensführung ohne Statutenwechsel.....	401
c) Vorfragenanknüpfung.....	402
5. Vergleich mit den Kollisionsnormen des Internationalen Gesellschaftsrechts .....	404
III. Die Rechtsprechung des EuGH zur Freizügigkeit von Namen .....	405
1. Garcia Avello.....	406
a) Entscheidungsgründe des EuGH.....	407
b) Bewertung .....	409
c) Geringe Auswirkungen auf das deutsche Namenskollisionsrecht .....	411
2. Grunkin-Paul .....	413
a) Entscheidungsgründe des EuGH.....	414
b) Bewertung: Gleichrangigkeit der Anknüpfungsmomente.....	416
c) Bedeutung der Achtungspflicht nach „Grunkin-Paul“ im deutschen Recht.....	417
aa) Vorab: Irrelevanz einer Namensregistrierung im deutschen Recht.....	419
bb) Unmöglichkeit der Rechtsfortbildung von § 1617 BGB .....	419
cc) Anderer Name als „wichtiger Grund“ im Namensänderungsverfahren .....	421
dd) Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung von Art. 10 EGBGB.....	422
ee) Anerkennungsprinzip.....	426
ff) Zusammenfassung.....	429
3. Sayn-Wittgenstein.....	429
a) Entscheidungsgründe des EuGH.....	432
b) Bewertung: Schutz des Vertrauens auf den tatsächlich geführten Namen .....	433
aa) Vertrauensschutz auf den unrichtigen Namen in inländischen Personenstandsregistern .....	433
(1) Vertrauensschutz in der namensrechtlichen Rechtsprechung des BVerfG.....	434
(2) Voraussetzungen für den Vertrauensschutz im Namensrecht.....	436

(3) Übertragung der Voraussetzungen des Vertrauensschutzes auf die Rechtssache „Sayn-Wittgenstein“ .....	437
bb) Vertrauensschutz auf den unrichtigen Namen in ausländischen Personenstandsregistern .....	438
cc) Exkurs: Schutz des tatsächlich geführten Namens nach Art. 8 EMRK .....	440
c) Bedeutung des unionsrechtlichen Schutzes des Vertrauens auf den tatsächlich geführten Namen im deutschen Recht.....	443
4. Zusammenfassung: Die Freizügigkeit von Namen .....	443
IV. Einwirkungen der unionalen Freizügigkeitsrechte in das Internationale Namensrecht.....	445
1. Keine versteckte Kollisionsnorm in Art. 21 AEUV .....	445
2. Unionsbürgerfreizügigkeit als Zugangsfreiheit für Namen und zur inländischen Namensbildung .....	447
a) Aufhebung der Zugangssperre für nach ausländischem Sachrecht gebildete Namen .....	447
b) Aufhebung von Diskriminierungen und Beschränkungen beim Zugang zu nach inländischem Sachrecht gebildeten Namen.....	448
3. Der beschränkende Charakter des öffentlich-rechtlichen Namensänderungsverfahrens .....	449
4. Die Namenswahl nach Art. 48 EGBGB.....	451
a) Vorweg: Die neu definierte „contra legem“-Grenze bei der unionsrechtskonformen Rechtsfortbildung des Art. 10 EGBGB .....	452
b) Fortbestehende Beschränkung bei ausländischem Namensstatut .....	453
c) Fortbestehende Beschränkung bei Namensänderung ohne gleichzeitigen gewöhnlichen Aufenthalt in dem EU-Mitgliedstaat.....	454
d) Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung von Art. 48 EGBGB .....	455
aa) Teleologische Reduktion des Tatbestandsmerkmals „während eines gewöhnlichen Aufenthalts“ .....	456
bb) Teleologische Extension des Tatbestandsmerkmals „Unterliegt ... deutschem Recht“ .....	457

(1) Art. 48 EGBGB als versteckte Kollisionsnorm .....	458
(2) Art. 48 EGBGB als Rechtswahl.....	460
(3) Keine Überschreitung der „contra legem“- Grenze durch die unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung des Art. 48 EGBGB .....	461
(4) Zusammenfassung .....	463
V. Grundprinzip hinter der Freizügigkeit von Namen: Grenzüberschreitende Namenswahlfreiheit.....	464
D. Zusammenfassung.....	465
I. Die Wirkungsweise des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs im autonomen IPR.....	465
II. Verallgemeinerungsfähigkeit der Feststellungen zum Internationalen Gesellschaftsrecht und zum Internationalen Namensrecht.....	471
III. Wirkungsweise des Anwendungsvorrangs in anderen Teilrechtsgebieten des IPR.....	474
1. Zugang zu einem Rechtsverhältnis: Das Internationale Adoptionsrecht .....	474
2. Zugang eines bestehenden Rechtsverhältnis zum Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats: Freizügigkeit rechtlich konfigurierter Lebensgemeinschaften .....	477
a) Zugangssperre für eine gleichgeschlechtliche Ehe als Verletzung der Unionsbürgerfreizügigkeit.....	479
b) Unverhältnismäßigkeit einer Zugangssperre wegen der Verletzung von Art. 8 EMRK/Art. 7 GRCh ....	480
c) Herstellung eines unionsrechtskonformen Rechtszustands .....	484
Schlussbetrachtungen.....	489
Zusammenfassung in Thesenform .....	491
Literaturverzeichnis.....	507
Entscheidungsverzeichnis .....	530
Sachregister .....	534